Liebe Baunatalerinnen und Baunataler,

heute möchte ich Sie über die Ergebnisse der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Juni 2026 informieren. Auf der Tagesordnung standen zahlreiche Themen, die für die Entwicklung unserer Stadt von Bedeutung sind. Neben mehreren Anträgen der Fraktionen befasste sich die Stadtverordnetenversammlung unter anderem mit der zukünftigen Wasserversorgung, der Einrichtung eines neuen Fachausschusses, der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie der Auflösung des Zweckverbandes Baunatal/Edermünde.

Im Rahmen der Sitzung standen auch zwei personelle Verabschiedungen auf der Tagesordnung. Bürgermeister Henry Richter bedankte sich bei Klaus-Peter Metz, dem langjährigen Leiter des Fachbereichs 70 – Wirtschaftsförderung und Finanzen, für dessen engagierte Arbeit und verabschiedete ihn in den Ruhestand. Zum Abschluss der Sitzung würdigte Erster Stadtrat Daniel Jung außerdem Kerstin Müller-Leibold, Leiterin des Fachbereichs 50 – Bildung und Soziales, und sprach ihr seinen Dank für ihren langjährigen Einsatz sowie ihre Verdienste um die Stadt Baunatal aus.

**Drei Eilanträge zu Beginn der Sitzung**

Vor Eintritt in die reguläre Tagesordnung hatte die Stadtverordnetenversammlung zunächst über drei Eilanträge zu entscheiden. Voraussetzung für deren Behandlung war die Feststellung der Eilbedürftigkeit.

Einstimmig wurde dem Eilantrag der Fraktion Gemeinsam zugestimmt, der die Fortführung der Vertragsverhandlungen und die Schaffung einer belastbaren Grundlage für die zukünftige Wasserversorgung der Stadt Baunatal zum Inhalt hatte. Ebenfalls einstimmig wurde der gemeinsame Eilantrag aller vier Fraktionen beschlossen, den Arbeitskreis zum Freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzept zu erweitern.

Keine Mehrheit fand hingegen der Eilantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kurzfristig städtische Gebäude mit weitgespannten Dachtragwerken überprüfen zu lassen. Da bereits erste Stellungnahmen der Verwaltung vorlagen und keine besondere Eilbedürftigkeit gesehen wurde, lehnte die Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme des Antrags mit 9 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen ab.

**Sichere Fahrradabstellanlagen an städtischen Liegenschaften**

Ausführlich befasste sich die Stadtverordnetenversammlung mit einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verbesserung der Fahrradabstellmöglichkeiten an städtischen Einrichtungen.

Nach Auffassung der Antragsteller gehören zu einer fahrradfreundlichen Stadt nicht nur sichere Radwege, sondern auch moderne und sichere Abstellmöglichkeiten. Die Verwaltung sollte deshalb zunächst eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Anlagen durchführen, den Bedarf an einzelnen Standorten erfassen und anschließend ein Konzept für eine schrittweise Modernisierung erarbeiten. Dabei sollten auch mögliche Förderprogramme des Landes Hessen und des Bundes geprüft werden.

Im Mittelpunkt der Beratung stand weniger die grundsätzliche Bedeutung des Radverkehrs als vielmehr die Frage, welche Priorität ein solches Vorhaben derzeit haben sollte. Die Antragsteller wiesen darauf hin, dass zunächst lediglich Daten erhoben und Fördermöglichkeiten geprüft werden sollten. Im Verlauf der Beratung wurde deutlich gemacht, dass die angespannte Haushaltslage eine Konzentration auf andere Investitionen erfordere, insbesondere im Bereich der Sportstätten und weiterer

wichtiger Infrastrukturmaßnahmen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass auch bei einer Förderung ein städtischer Eigenanteil aufzubringen wäre. Darüber hinaus wurde angeregt, die bestehende Radprojektgruppe in mögliche Überlegungen einzubeziehen.

Der Antrag wurde mit 21 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Aufgrund der Stimmengleichheit fand der Antrag keine Mehrheit.

**Nachhaltige Nutzung des Infrastruktursondervermögens des Bundes**

Die Stadtverordnetenversammlung beriet anschließend einen Antrag der Fraktion Gemeinsam zur möglichen Nutzung des Infrastruktursondervermögens des Bundes für die Stadt Baunatal.

Im Verlauf der Beratungen hatte sich gezeigt, dass der ursprüngliche Antrag noch zu weit gefasst war. Die Fraktion brachte deshalb einen Änderungsantrag ein. Dieser sah vor, den Magistrat zu beauftragen, zunächst einen Maßnahmenkatalog mit Prioritäten sowie einem Zeit- und Finanzierungsplan für mögliche nachhaltige Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen zu erarbeiten.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung hoben hervor, dass eine sorgfältige Vorbereitung möglicher Investitionen notwendig sei, um eventuelle Bundesmittel gezielt und wirtschaftlich einsetzen zu können. Gleichzeitig bestand Einigkeit darüber, dass konkrete Entscheidungen erst auf Grundlage eines solchen Maßnahmenkatalogs getroffen werden sollten.

Der Änderungsantrag wurde mit 29 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen angenommen.

**Neuer Ausschuss „Digitale Zukunft, Mobilität und Energie“**

Einstimmig beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung des neuen Ausschusses „Digitale Zukunft, Mobilität und Energie“.

Mit diesem Ausschuss sollen zentrale Zukunftsthemen der Stadt künftig gebündelt beraten werden. Hierzu zählen insbesondere Digitalisierung und digitale Verwaltung, Künstliche Intelligenz, Energieversorgung, erneuerbare Energien, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität, Ladeinfrastruktur sowie Fragen des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes. Ziel ist es, diese eng miteinander verbundenen Themen künftig strategisch in einem eigenen Fachgremium zu behandeln und zugleich Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene besser nutzen zu können.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

**Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Einen Überblick über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Baunatal gab der Jahresbericht 2025, der den Stadtverordneten bereits vorlag und zuvor im Sozialausschuss vorgestellt worden war. Seit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1999 setzt die Stadt auf eine projektorientierte Beteiligung junger Menschen an kommunalen Themen.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Mock, stellte die wesentlichen Inhalte des Berichts vor. Frau Mock betonte, im Namen der Mitglieder des Sozialausschusses, dass es wichtig bleibt, junge Menschen frühzeitig an demokratische Entscheidungsprozesse heranzuführen und die vielfältigen Angebote hierfür einen wichtigen Beitrag leisten.

Deutlich wurde, wie vielfältig die Beteiligungsangebote inzwischen sind. Zu den Projekten des vergangenen Jahres gehörten unter anderem das Schulwegeprojekt an der Friedrich-Ebert-Schule, die

Aktionswoche Demokratiepädagogik, die Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENdrin“ zu Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sowie das Beteiligungsformat „Jugend meets Politik 2.0“, bei dem Jugendliche mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern über aktuelle Themen ins Gespräch kommen.

Herr Stadtverordneter Fensterer betonte anschließend die Bedeutung dieser projektorientierten Beteiligung.

**Zweckverband Baunatal/Edermünde wird aufgelöst**

Einstimmig beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Auflösung des Zweckverbandes „Kommunale Gemeinschaftsarbeit Baunatal/Edermünde“ zum 31. Dezember 2026.

Bürgermeister Richter erläuterte, dass der Zweckverband im Jahr 2005 gegründet worden war, um gemeinsame Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte beider Kommunen umzusetzen. Hierzu gehörten insbesondere die Ortsumgehung Hertingshausen, die Anbindung des Gewerbegebietes Edermünde-Holzhausen an die A 49, die Entwicklung gemeinsamer Gewerbeflächen sowie weitere Projekte, beispielsweise im Bereich des Radwegeausbaus.

Diese Aufgaben seien inzwischen weitgehend abgeschlossen. Neue gemeinsame Projekte stünden derzeit nicht an. Bis Ende 2026 habe die Kommunalaufsicht den Verzicht auf eine Haushaltssatzung zugelassen, sofern keine Maßnahmen durchgeführt würden. Ab 2027 müsste jedoch wieder ein vollständiger Haushalt aufgestellt werden – auch ohne laufende Projekte. Vor diesem Hintergrund hätten Verbandsvorstand und Verbandsversammlung empfohlen, den Zweckverband aufzulösen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgte dieser Empfehlung einstimmig: Die Auflösung des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2026 wurde mit 43 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

**Ein Schwerpunkt der Sitzung: Zukünftige Wasserversorgung**

Einen großen Teil der Sitzung nahm die Beratung über die zukünftige Wasserversorgung der Stadt Baunatal ein. Bereits in der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juni war dieses Thema intensiv diskutiert worden. Der damalige Beschluss des Nichtöffentlichen Teils der Sitzung hatte zu unterschiedlichen politischen Bewertungen geführt und bildete den Ausgangspunkt für den nun als Eilantrag eingebrachten Antrag der Fraktion Gemeinsam. In der Sitzung am 1. Juni wurde die Vorlage der Verwaltung aufgrund von Stimmengleichheit. abgelehnt. Zugestimmt hatten am 1. Juni 2026 die Mitglieder der SPD- und CDU Fraktion sowie Joshua Gans (FDP). Abgelehnt wurde die Vorlage durch die Fraktionen Gemeinsam und Grünen.

Die Antragsteller begründeten ihren Eilantrag damit, dass die laufenden Vertragsverhandlungen mit den Gruppenwasserwerken weiterhin durch klare politische Leitlinien begleitet werden sollten. Ziel sei es, die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten, wirtschaftliche Risiken zu minimieren und die Verhandlungsposition der Stadt zu stärken. Zudem sollten weitere Informationen zur bisherigen Wasserversorgung sowie mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft aufgearbeitet werden.

Bereits zu Beginn der Aussprache wurde deutlich, dass die Fraktionen die Folgen der vorangegangenen Beschlüsse sehr unterschiedlich bewerteten.

Die Fraktion erklärte, dass sie weiterhin Klärungsbedarf sehe und den Magistrat mit konkreten Leitlinien für die weiteren Verhandlungen unterstützen wolle. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

sprach sich dafür aus, die Entscheidungsgrundlagen weiter zu vertiefen und langfristige Handlungsmöglichkeiten der Stadt umfassend zu betrachten.

Vertreter der SPD und der CDU vertraten dagegen die Auffassung, dass durch die Entscheidung der vorherigen Sitzung bereits Nachteile für die Verhandlungsposition der Stadt entstanden seien. In der Debatte wurde insbesondere die Frage aufgeworfen, weshalb Bürgermeister Richter gegen den damaligen Beschluss keinen Widerspruch eingelegt habe.

Bürgermeister Richter erläuterte, dass er sich nach sorgfältiger rechtlicher und fachlicher Abwägung gegen einen Widerspruch entschieden habe. Gleichzeitig machte er deutlich, dass die laufenden Vertragsverhandlungen fortgesetzt werden könnten und weiterhin Möglichkeiten bestünden, die Interessen der Stadt einzubringen.

In der weiteren Diskussion wurden unterschiedliche Aspekte der zukünftigen Wasserversorgung angesprochen. Dabei ging es unter anderem um die Preisentwicklung bei unterschiedlichen Vertragslaufzeiten, die Versorgungssicherheit, den Erhalt kommunaler Handlungsspielräume, rechtliche Regelungen der Vertragsgestaltung sowie die Frage, welche Auswirkungen bereits geringe Preisunterschiede auf die jährlichen Wasserbezugskosten der Stadt haben können.

Auch die politische Bewertung der bisherigen Beratungen wurde kontrovers diskutiert. Dabei machten die Redner der einzelnen Fraktionen ihre unterschiedlichen Einschätzungen deutlich, ohne dass sich in der Debatte eine gemeinsame Bewertung abzeichnete.

Über den Antrag wurde anschließend getrennt abgestimmt.

Die Punkte zur Fortführung der Vertragsverhandlungen, zur Vorlage der Wasserstudien sowie zur Erarbeitung eines Resilienz- und Notfallkonzeptes wurden mit 21 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Über den vierten Punkt des Antrags wurde anschließend gesondert abgestimmt. Dieser sieht vor, einen kommunalen Wasserdialog einzurichten, an dem neben der Verwaltung und den Stadtwerken auch die Gruppenwasserwerke, Fachbehörden, Unternehmen, Großverbraucher sowie weitere fachkundige Stellen beteiligt werden sollen. Ziel ist es, die zukünftige Wasserversorgung regelmäßig gemeinsam zu bewerten und damit eine belastbare Grundlage für künftige Entscheidungen zu schaffen.

In der Aussprache wurde deutlich, dass ein solcher Dialog fraktionsübergreifend überwiegend als sinnvoll angesehen wurde.

Der Antrag zur Einrichtung eines kommunalen Wasserdialogs wurde mit 35 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen angenommen.

**Erweiterung des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung**

Bereits in der Vorwoche hatte der Arbeitskreis zum Freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzept erstmals getagt. Auf Vorschlag aller Fraktionen befasste sich die Stadtverordnetenversammlung nun mit einer Erweiterung des Teilnehmerkreises.

Künftig erhält auch der FDP-Stadtverordnete Gaststatus im Arbeitskreis. Darüber hinaus können die Mitglieder des Magistrats an den Sitzungen teilnehmen. Ebenfalls wurde beschlossen, bei Bedarf den Personalrat sowie weitere fachkundige Personen zu einzelnen Tagesordnungspunkten einzuladen, um den Arbeitskreis mit zusätzlichem Sachverstand zu unterstützen.

Die Erweiterung des Arbeitskreises war bereits zu Beginn der Sitzung als Eilantrag einstimmig auf die Tagesordnung aufgenommen worden und wurde anschließend ebenfalls einstimmig beschlossen.

**Mitteilungen**

Hier konnte ich der Stadtverordnetenversammlung die personelle Besetzung des neu eingerichteten Ausschusses „Digitale Zukunft, Mobilität und Energie“ berichten: Herr Stadtverordneter Hungerland, Herr Stadtverordneter Möller, Herr Stadtverordneter Schäffer, Herr Stadtverordneter Strotta (alle Fraktion Gemeinsam), Herr Stadtverordneter Just, Frau Stadtverordnete Stockmann, Herr Stadtverordneter Werner (alle SPD-Fraktion), Frau Stadtverordnete Wolf, Herr Stadtverordneter Puls (beide CDU-Fraktion), und für die Grünen-Fraktion Herr Stadtverordneter Borschel. Allen Mitgliedern wünsche ich gute Beratungen.

Außerdem gab ich Änderungen bekannt, die sich im Rahmen des Benennungsverfahrens bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergeben haben. Künftig gehört Frau Stadtverordnete Altmann dem Sozialausschuss an; im Haupt- und Finanzausschuss übernimmt Herr Stadtverordneter Böhme die Aufgaben von Frau Stadtverordnete Bünsow.

Bürgermeister Richter teilte anschließend mit, dass der Entwurf des Sportstättenentwicklungsplans fertiggestellt wurde und den Fraktionen zur weiteren Beratung zur Verfügung steht. Darüber hinaus informierte er über die inzwischen vorliegenden Zahlen zu verschiedenen Anträgen im Bereich Klimamanagement und Förderprogramme. Auch diese Unterlagen wurden den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

Ferner lag eine Stellungnahme der Ordnungsamtsleitung zum Antrag „Einsatzzeiten in den Abendstunden“ vor, die den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben wurde.

Liebe Baunatalerinnen und Baunataler,

Die Beratungen haben erneut gezeigt, dass kommunalpolitische Entscheidungen häufig sorgfältig abgewogen werden müssen und unterschiedliche Auffassungen zu intensiven Diskussionen führen. Unabhängig von den jeweiligen Positionen verfolgen alle Beteiligten das Ziel, gute Entscheidungen für die Zukunft unserer Stadt zu treffen.

Ich danke allen Stadtverordneten, den Mitgliedern des Magistrats sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die konstruktive Vorbereitung und Durchführung der Sitzung.

**Anmerkung:** Im Bericht zur Stadtverordnetenversammlung vom 1. Juni 2026 wurde das Abstimmungsergebnis zu Vorlage „Änderung der Satzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Baunatal und Ergänzung der Gebührenordnung zur Satzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Baunatal aufgrund des Pakts für den Ganztag“ mitgeteilt. Dem Änderungsantrag der CDU, der eine Geschwisterermäßigung vorsieht, haben die Fraktionen Gemeinsam, SPD und CDU zugestimmt. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hat diesen Antrag abgelehnt.

*Katrin Rottkamp*
*Stadtverordnetenvorsteherin*